

Stadtrat von Bern

Protokolle Nrn. 28 und 29

Protokoll Nr. 28

**Sitzung vom Donnerstag, 17. Juni 1993, 17.00 Uhr,
im Grossratssaal im Rathaus**

Vorsitzender: Präsident Jürg Küffer

Anwesend: Ernst Aebersold, Silvia Aepli, Oskar Balsiger, Susi Balsiger, Peter Balz, Agnes Berger Bertschinger, Adrian Berthoud, Brigitte Bolli Jost, Peter Bühler, Walter Christen, Marcel Eyer, Regula Fischer, Martin Frick, Sylvia Furrer, Barbara Geiser, Margrith Göldi Hofbauer, Irene Graf Lerch, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Ursula Hirt, Theodor Hofer, Andreas Hofmann, Werner C. Hug, Alfred Jordi, Heinz Junker, Henri Kalt, Regula Keller, Jost Koch, Walter Krebs, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Daniel Lerch, Sigisbert Lutz, Regula Mader, Edith Madl Kubik, Anton Maillard, Irène Marti Anliker, Hans Matter, Heinz Megert, Elsi Meyer, Otto Mosimann, Barbara Mühlheim, Suzanne Müller, Edith Olibet, Werner Pauli, Jürg Perrelet, Marcel Piccolo, Markus Roth, Ursula Rudin, Simon Ryser, Heidi Schmocker, Rudolph Schweizer, Erika Siegenthaler, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Eduard Sommer, Sylvia Spring, Franziska Stalder, Heinz Stöckli, Max Suter, Annette Theiler, Mathias Tromp, Eva von Ballmoos, Ulrich von Niederhäusern, Marianne Weber, Kurt W. Weyermann, René Zimmermann, Hans Zwahlen

Entschuldigt: Arnold Bertschy, Ueli Brönnimann, Erwin Franz, Liselotte Lüscher, Kurt Mäusli, Peter Rub, Christine Schaer, Margaretha Stauffer, Luzius Theiler, Hans Tschirren, Giuliana von Fellenberg

Vertretung des Gemeinderats:
Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert, Theres Giger, Joy Matter, Alfred Neukomm

Entschuldigt: Therese Frösch, Kurt Wasserfallen

Traktanden

	Antrag Nr.
1 Einbürgerungsgesuche vom 11. Mai 1993	88
2 Ersatzwahlen in Schulkommissionen	89
3 Verwaltungsbericht für das Jahr 1992, Fortsetzung der Beratungen vom 10. Juni 1993	–
4 Erneuerung der elektronischen Datenübertragung und Rechneranlage der Fernwärmeversorgung zur Wärmezähler-Datenauslesung und Kontrolle, Kredit	87
5 Ersatzanschaffung eines Lastwagens für das SIB, Kredit	70
6 Motion Fraktion CVP (Agnes Berger Bertschinger): Sparen durch strukturelle Änderungen bei den städtischen Werken	68
7 Beschaffung von PCs für die Oberstufenklassen der städtischen Primar- und Sekundarschulen (einschliesslich Kleinklassen sowie gymnasiale Klassen innerhalb der Schulpflicht), Kredit	86
8 Motion Barbara Geiser (SP): Ursachen von Gewalt an städtischen Schulen und im Kindergarten – mögliche Massnahmen?	54
9 Holenacker, Allwetterplatz und Garderoben, 2. Etappe: Baukredit und Übernahme eines Baurechts	85
10 Dringliche Interpellation Andreas Hofmann (SP): Parkplatzversuch auf der Kleinen Allmend	99
11 Interpellation Ursula Begert (SVP): Verwendung von Tropenhölzern bei städtischen Bauten	66
12 Motion Fraktion SP (Fabio Tanner) vom 18. Juni 1987: Gezielte Lärmschutzmassnahmen in der Stadt Bern, zweite Fristverlängerung (Punkt 1)	97
13 Postulat Ernst Aebersold (FDP): Kreiselplatz Winkelriedstrasse/Tellstrasse und Reduktion der Fahrbahnbreite Winkelriedstrasse	75

Mitteilungen des Präsidenten

Das für die Sitzung vom Donnerstag, 24. Juni 1993, als Traktandum 8 vorgesehene Geschäft «Einführung von neuen, verbindlichen Stellenplänen gemäss Art. 4 PRB» wird auf eine Stadtratssitzung nach den Sommerferien verschoben, weil sich vorab noch ein Spezialausschuss der GPK und der FIKO mit dieser Vorlage befassen wird.

etwas abgekühlt haben, kann das Geschäft wahrscheinlich schon im Herbst erneut behandelt werden.

Planungs- und Baudirektorin *Theres Giger*: Stadtrat Tromp vergisst die Sommerferien, so dass die Überarbeitung wohl doch etwas länger dauern wird. Bezüglich der Frage von Werner Hug kann ich sagen, dass das gleiche Projekt mit einer anderen Kostenverteilung keiner Änderung des Bewilligungsverfahrens bedarf. Eine neue oder ergänzte Baubewilligung wird erst nötig, wenn die Stadt aus dem Projekt aussteigt. Bei einer Rückweisung des Geschäfts wird auf städtischer Ebene auch die Liegenschaftsverwaltung der Finanzdirektion an den Verhandlungen teilnehmen, nicht allein die Schuldirektion und die Planungs- und Baudirektion. Die Verhandlungen werden nicht so einfach ablaufen, wie dies bei der Feuerwehrkaserne der Fall gewesen war.

Markus Roth (AP) zieht angesichts des Rückweisungsantrags Tromp den Antrag der AP-Fraktion zurück.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag Tromp mit folgendem Wortlaut: «Das Geschäft Nr. 85 sei zurückzuweisen mit der Auflage, den Stadtanteil auf rund 2 Mio. Franken zu reduzieren (Kürzung rund 1 Mio. Franken)», wird mit 44 : 14 Stimmen angenommen.

10

Dringliche Interpellation Andreas Hofmann (SP): Parkplatzversuch auf der Kleinen Allmend

Antrag Nr. 99

In einer Interpellation vom 16. Januar 1992 mit dem Titel «Soll die Kleine Allmend doch noch zu einem Parkplatz verkommen?» ist der Leidensweg dieser Grünfläche seit 1985 kurz dargestellt worden.

Gemäss «BZ» vom 17. Mai 1993 hat der abtretende Gemeinderat im Dezember 1992 einen Kredit von Fr. 150 000.– für einen «Parkplatzversuch» auf der Kleinen Allmend bewilligt. Bei «positivem» Ausgang des Versuchs sei 1995 mit einem Baugesuch für die Schaffung von Allwetterparkplätzen zu rechnen.

Es ist voraussehbar, dass nicht nur dieses Baugesuch, sondern auch der Baukredit von einem sehr breit abgestützten «Komitee für eine autofreie Allmend» (vgl. Schwarzbuch Nordquartier S. 8 bis 10) mit allen rechtlichen Mitteln bekämpft wird. Für viele Leute ist es nämlich nicht eine technische

882

Frage, ob auf einem als Grünfläche eingezonten Gebiet parkiert werden darf oder nicht, sondern eine grundsätzliche. Deshalb wird das Ergebnis des erwähnten Parkplatzversuchs in der zu erwartenden Auseinandersetzung kaum eine Rolle spielen. Dazu kommt, dass Parkierungen auf Grünflächen auch rechtlich sehr umstritten sind, wie aus der kürzlich eingereichten Baupolizeianzeige in Sachen Parkierung auf der Grossen Allmend zu ersehen ist.

Angesichts dieser Ausgangslage bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist auch der neue Gemeinderat noch der Auffassung, auf der Kleinen Allmend müssten Allwetterparkplätze gebaut werden?
2. Wenn es zu einem derartigen Baugesuch käme: Sind angesichts der zu erwartenden Widerstände die Chancen für die Durchführung einer wie auch immer gearteten Drainage der Kleinen Allmend nicht gleich Null?
3. Handelt es sich beim Kredit für den teuren Parkplatzversuch daher nicht um hinausgeworfenes Geld?
4. Wäre es nicht besser, eine Erschliessung des Gebietes Allmend/Wankdorf durch einen Ausstellungsbahnhof anzustreben, statt einen Ausbau der Parkplätze?
5. Bei «Regenzeiten» wird während der BEA jeweils auf eine Parkierung auf der Kleinen Allmend verzichtet. Wäre nicht eine Lösung anzustreben, bei welcher diese Grünfläche auch bei schönem Wetter autofrei bliebe?

Begründung der Dringlichkeit:

Gemäss «BZ» vom 17. Mai 1993 ist für den Baubeginn des Parkplatzversuchs August 1993 vorgesehen.

Bern, 27. Mai 1993

Für die Antwort des Gemeinderats spricht Planungs- und Baudirektorin *Theres Giger*: Im Nutzungszonenplan der Stadt Bern ist die Kleine Allmend als Grünfläche ausgeschieden, was sie auch weiterhin bleiben soll: Es ist keine Umzonung vorgesehen. Andererseits kann die Tatsache nicht wegdiskutiert werden, dass bei Grossanlässen im Gebiet Wankdorf und Allmend ein Teil der BesucherInnen mit dem Auto anreist, obwohl sich auch der Gemeinderat wünschte, dass die öffentlichen Verkehrsmittel vermehrt genutzt würden. Wenn die Stadtpolizei nicht ständig gesetzeswidrige und belastende Zustände in dem grossen Gebiet Wankdorf und Allmend in Kauf nehmen will, muss sie für die Tausenden von Autos eine geregelte Parkie-

rung organisieren. Bei trockenem Wetter können die Fahrzeuge für eine bestimmte Anzahl Tage auch auf der Kleinen Allmend abgestellt werden. Bei nassem Wetter wird die Wiese gesperrt, wie dies ab und zu anlässlich der BEA der Fall ist. Der Druck erhöht sich damit auf das Quartier. Zum Teil ergeben sich chaotische Zustände in näherer und weiterer Umgebung. Um eine Belastung des Quartiers und des Wankdorfs bei Grossanlässen zu verhindern, wird die Kleine Allmend nun auch bei Regenwetter für eine bestimmte Anzahl Tage im Jahr genutzt. Alle anderen Lösungen, wie zum Beispiel eine feste Parkieranlage, sind momentan nicht absehbar. Zu den Fragen des Interpellanten: Auf der Kleinen Allmend werden keine Allwetterparkplätze gebaut. Doch ist der Gemeinderat aus obengenannten Gründen der Meinung, dass die Kleine Allmend für eine beschränkte Zeit im Jahr, bei welchem Wetter auch immer, als Parkgelegenheit genutzt werden soll.

Mit dem in der Interpellation erwähnten Kredit von Fr. 150 000.– soll der Nachweis erbracht werden, dass mit technischen Massnahmen eine Nutzung der Kleinen Allmend für das Parkieren in einer beschränkten Zeit möglich gemacht werden kann. Die Massnahmen würden auch dem Gelände zugute kommen: Der Boden soll nicht verdichtet und das Gras geschützt werden. Ist der Versuch erfolgreich, wird die Akzeptanz dieser Massnahmen steigen. Die Einsicht wird wachsen, dass ein real existierendes Problem durchaus gelöst werden kann. Der Kredit ist demnach nicht herausgeworfenes Geld.

Im Wankdorf ist kein Ausstellungsbahnhof, sondern eine S-Bahn-Station geplant. Es findet eine intensive Zusammenarbeit mit dem Kanton und den beteiligten Bahnen statt. Eine S-Bahn-Station wird den Parkierungsdruck im Gebiet Wankdorf und Allmend erheblich reduzieren. Trotzdem muss man sich bewusst sein, dass bei Grossveranstaltungen der Druck durch die Autos weiterhin bestehen wird. Deshalb ist das zeitlich beschränkte Parkieren auf der Kleinen Allmend selbst mit einer S-Bahn-Station notwendig. Obwohl Diskussionen geführt werden, ist in nützlicher Frist keine realistische Lösung für ein anderes grosses Parkraumangebot im Raum Wankdorf und Kleine Allmend in Sicht.

– Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. –

Andreas Hofmann (SP): Ich bin von der gemeinderätlichen Antwort sehr enttäuscht. Die Linie des neuen Gemeinderats unterscheidet sich nicht von der Linie des alten Gemeinderats. Wenn es in der Verkehrspolitik um die Wurst geht, wird immer dieselbe Doktrin angewandt: Die Nachfrage wird befriedigt. Obschon es im Verkehrskonzept 1982 heisst, dass die Zeiten der nachfrageorientierten Verkehrspolitik vorbei seien, haben wir in der Stadt Bern in den ausschlaggebenden Momenten nie etwas anderes als die Reinkultur der nachfrageorientierten Verkehrspolitik erlebt.

Nach Nutzungszonenplan ist die Kleine Allmend seit 18 Jahren als Grünfläche eingeteilt; die Stadt drückt also seit 18 Jahren klar den Willen aus, dass auf der Kleinen Allmend nicht parkiert werden darf. Trotzdem wird die bestehende Parkierung nicht nur beibehalten, sondern sogar ausgeweitet. Die achtzehnjährige Falschnutzung wird gemäss der eigenen städtischen Planung auf dem eigenen städtischen Terrain verstärkt, anstatt sie aufzuheben. Dies ist auch Ausdruck eines eigenartigen Rechtsverständnisses, denn rein vom Standpunkt des formalen Rechts her ist der Zustand auf der Kleinen Allmend rechtswidrig. Er wird noch rechtswidriger sein, wenn das vom Gemeinderat Geplante durchgeführt wird. Mit dem Versuch will man die Kosten drücken: Eine Drainage wird so tief budgetiert, dass sie nicht vom Volk genehmigt werden muss, im Gegensatz zu einem früheren Projekt, das für 5 Mio. Franken einen Parkplatz auf der Kleinen Allmend vorsah. Man kann sich vorstellen, dass dieser Vorschlag in einer Volksabstimmung keine Chance hätte. Der alte Zustand wird also auf eine Weise bewahrt, die keiner Volksabstimmung bedarf. Diese Methodik des Vorgehens stösst mir sauer auf. Kein anderer Messeplatz in der Schweiz, sei er noch so gross, versucht eine so hohe Anzahl Parkplätze anzubieten, wie dies in Bern angestrebt wird. Mit der Opferung der Kleinen Allmend will die Stadt Bern einen Konkurrenzvorteil für sich gewinnen. Selbst die autofreundliche Stadt Genf zum Beispiel hat einen Ausstellungsbahnhof direkt an der Ausstellung. In Bern ist der Gemeinderat hingegen bereit, Grünflächen zu opfern, auf welchen selbst bei schlechtem Wetter parkiert werden darf. Der Gemeinderat setzt hier ein ausserordentlich schlechtes Zeichen.

Sigisbert Lutz (CVP): Die Zielsetzung des Interpellanten ist klar: Er will zurück zu früheren Zeiten. Doch macht ein Grossteil der Bevölkerung nicht mehr mit und fährt mit dem Auto an solche Grossanlässe. Bekanntlich ist der Interpellant kein Freund der BEA. Die Bedeutung der BEA für die Stadt Bern müsste aber allen wohlbekannt sein: Sie bietet eine grosse Anzahl Arbeitsplätze an; Arbeitsplätze ebenso für Teilzeitarbeit wie für Frauen. Die BEA steht in einem harten Konkurrenzkampf zu anderen Messeplätzen in der Schweiz. In Genf oder in Basel werden die Messeplätze von der öffentlichen Hand finanziell massiv unterstützt. Zu den Arbeitsplätzen muss Sorge getragen und den Unternehmen daher auch die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Man muss anerkennen, dass durch die Nutzung der Kleinen Allmend das Nordquartier erheblich entlastet werden konnte. Ausserdem konnten über Fr. 200 000.– an Parkplatzgebühren eingenommen werden, was die Projektierungskosten von Fr. 150 000.– längstens deckt. Diese gute Milchkuh sollte nicht geschlachtet werden. Die Antwort des Gemeinderats ist höchst befriedigend und zeigt, dass im Nordquartier endlich etwas zu dessen Entlastung getan werden muss. Die Politik des Gemeinderats ist richtig.

Mathias Tromp (SVP): Ich bin froh, dass die Planungs- und Baudirektorin zu allen fünf Interpellationsfragen Nein gesagt hat, ausser zum Ausstellungsbahnhof. Es muss präzisiert werden, dass es in der ganzen Schweiz keinen Ausstellungsbahnhof gibt. Es gibt selbst in ganz Europa, ausser in London, keinen. Genf hat einen Flughafenbahnhof, und glücklicherweise befinden sich daneben gleich die Ausstellungsgebäude. Das wäre auch für Bern wünschbar, doch ist es technisch nicht möglich. Die einzige vernünftige Lösung ist die S-Bahn-Station Wankdorf, an welcher der Gemeinderat im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts arbeitet. Er sollte dabei unterstützt werden. Ausserdem sollte man endlich aufhören, die BEA zu kritisieren: Sie ist eine gute und sinnvolle Institution auf dem Platz Bern.

Irène Marti Anliker (SP): Die beiden Vorredner demonstrieren, was Vogel-Strauss-Politik ist: Eine Grünfläche wird zu einem Parkplatz umgewandelt, mit der Begründung, dass das Nordquartier damit entlastet würde. Dem vermehrten Verkehrsaufkommen wird einfach nachgegeben, was ja nicht nötig wäre, da die BEA mit dem öffentlichen Verkehr bestens erschlossen ist. Das Nordquartier leidet unter dem Druck der Autos, die Kleine Allmend wird zementiert. In zehn Jahren wird die Kleine Allmend wirklich zu klein sein – was wird dann zu diesem Zeitpunkt zementiert werden? Ein weiterer Aspekt gerät in Vergessenheit: Die Luft kümmert sich nicht darum, ob die Autos im Nordquartier oder auf der Kleinen Allmend herumrasen. Die Ozonwerte steigen bedenklich. Das hat zwar nichts mit der BEA direkt zu tun, aber mit der Art und Weise, wie hier politisiert wird: Es geht doch darum, den Verkehr einzuschränken, und nicht blosses Symptombekämpfung mit einer Zementierung der Kleinen Allmend zu betreiben. Grundsätzlich ist gegen die BEA nichts einzuwenden, doch muss sie endlich umweltgerecht werden.

Peter Balz (FDP): Nicht nur die BEA macht im Nordquartier Ausstellungen. Wenn ich mich an meine Rekrutenschule zurückerinnere, kommen mir die Fahrschulen für Haflinger auf der Allmend in den Sinn. Angesichts der Einzonung des Nordquartiers in die Blaue Zone müssen wieder Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Neben der Luftverschmutzung müssen auch die Einnahmen in die Stadtkasse dank der BEA bedacht werden.

Andreas Hofmann (SP): Die Politik des Gemeinderats und gewisser Vorredner kann in einem Satz zusammengefasst werden: Ihre Politik ist etwa so logisch wie das Verhalten eines Alkoholikers, welcher den Alkohol trinkt, damit dieser wekommt.

Martin Frick (FDP): Es kann sicher nicht von einer Zementierung der Kleinen Allmend die Rede sein: Der Rasen soll tragfähig gemacht werden, so dass er auch bei Regenwetter nicht zum Morast verkommt. Dem Gemeinderat

ist zu danken, dass er die vernünftige Haltung des alten Gemeinderats eingesehen hat: Die Autos können nicht verbannt werden und Parkplätze sind nötig. Es gibt bestimmt auch SP-Mitglieder und -Anhänger, welche gerne mit dem Auto an die BEA gehen – besonders jene, welche in einer Distanz und Lage wohnen, bei der es sich nicht lohnt, das nächste öffentliche Verkehrsmittel bis zum Bahnhof Bern und dann das Tram zu nehmen. Die Bedeutung der Ausstellungen ist im Nordquartier bestimmt höher zu werten als die anerkannte Notwendigkeit des Schonens einer Grünfläche. Es gibt durchaus Einwohner des Nordquartiers, welche positiv eingestellt und froh sind, dass bei Regenwetter nicht wild im Quartier für Parkplätze herumgefahren wird, sondern dass eine gewisse Ordnung herrscht.

Polizeidirektor Kurt Wasserfallen: Das Auto kann nicht wegdiskutiert werden, sondern man muss damit umgehen lernen. Der Gemeinderat versucht dies mit folgenden Massnahmen: Bald wird im Nordquartier eine Parkplatzbewirtschaftung auf Teerplätzen eingeführt, so dass Gebühren verlangt werden können. Die Blaue Zone und Tempo 30 werden im Nordquartier bis im Herbst realisiert worden sein, was die Situation sicherlich verbessern wird. Die Kleine Allmend ist kein Dauerparkplatz, sondern steht nur zu Stosszeiten während wenigen Tagen pro Jahr zum Auffangen des Verkehrs zur Verfügung. Es wurden dieses Jahr Gebühren von zehn Franken verlangt. Deshalb stellen bestimmt nicht alle Leute ihr Auto dort ab. Während der BEA herrscht ein Parkplatzregime: Es kann an vielen Orten ausserhalb parkiert und dann auf einen Buszubringerdienst der SVB oder des RBS umgestiegen werden.

Der Gemeinderat gibt sich also Mühe, Lösungen zu finden. Die BEA und das ganze Ausstellungsgelände will und kann er aber nicht in Frage stellen. Beide sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt Bern.

Der Interpellant zeigt sich nach wie vor sehr enttäuscht von der gemeinderätlichen Antwort.